

# Kraflauer Zeitung.

Nr. 67.

Donnerstag den 22. März

1866.

Die „Kraflauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraflau 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierstellige Zeitungs- und im Anzeigenblatt für die erste Einschaltung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Rudolfer. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

## Amtlicher Theil.

Nr. 13244.

Die k. k. Statthalterei hat über Vorschlag des Staurpigniantischen Instituts in Lemberg vom laufenden Schuljahre 1865/6 angefangen den Rechtslehrern an der Lemberger Universität

1. Daniel Wielanik im IV. Jahrgange,
2. Johann Wielanik im III. Jahrgange,
3. Julian Nizomy im II. Jahrgange, Stipendien im jährlichen Betrage von Einhundert fünf (105) Gulden ö. W. aus der Karoline Glinedischen Stiftung verliehen.

Vom galiz. k. k. Statthalterei-Präsidium.  
Lemberg, am 15. März 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. März d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Ministerialrath im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft, Dr. Wilhelm Bapst den fast ruffischen Stanislaus-Orden zweiter Classe mit dem Sterne und der Inspector bei der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen Johann Marschik das Ritterkreuz des königlich sächsischen Albrechts-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. März d. J. den Bögling der k. k. Theresianischen Akademie Ernst von Hedry zum k. k. Gekrönten allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. März d. J. dem Thomas Ritter von Morosini in Anerkennung seines vielfährigen gemeinnützigen Wirkens als Director der kaiserlichen Landwirthschaftsgesellschaft das Ritterkreuz des Franz-Josephs-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant im Fürst Schwarzenberg 2. Ulanenregimente Reinhard Freiherrn v. Gemmingen die k. k. Rämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Siegfried Altgrafen Salm-Reifferscheid und dem Philipp Freiherrn von Ehrenfeld die k. k. Rämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraflau, 22. März.

Steht ein Krieg vor der Thüre? Wir können es nicht glauben und doch mehrten sich täglich die drohenden Anzeichen und steigen wie eine wachsende Flut, so daß man heute an dem politischen Gebäude der Gegenwart nicht mehr sieht, was gestern noch vor Aller Augen war. Die Situation ist sehr zu beklagen. Jeder Krieg ist, Dank der fortgeschrittenen Einsicht und Erfahrung unserer Zeit, ein Uebel, das nicht eher heraufbeschworen werden soll, bis die bitterste Nothwendigkeit dazu zwingt. Keine Eroberung ist heute so viel werth, um die ungeheuren Opfer aufzuwiegen, welche ihr der an den Krieg überlieferte Frieden bringen müßte. Auch ist die Zeit vorbei, wo man Eroberungspolitik mit den Waffen treibt, und geschieht es, so wendet sich gewiß der Genius der Kultur und Civilisation trauernd von dem Bilde ab, auf dem die Pfade der Entwicklung nur mit Blut und Zerstörung bezeichnet sind. Nichts geht aber über die Leiden eines Krieges, der zwischen Brüdern, zwischen Gliedern einer und derselben Nation geführt wird. Das traurige Beispiel, welches uns die jüngst vergangenen Jahre in der anderen Hemisphäre gegeben haben, steht noch frisch vor unseren Augen, und doch war dieser Krieg das einzige Rettungsmittel, um das dem Zerreißen nahe Band der Union, um diese Schöpfung der Franklin und Washington zusammen zu halten. Man wird uns sagen wollen, daß der Krieg, der seinen Schatten drohend in das Reich des Augenblicks voraus wirft, nur zum Heile Deutschlands gereichen kann. Wir entgegnen darauf, daß es schlecht stehen müßte um das deutsche Volk, wenn die Glieder dieser Familie zur Einheit, zur Geltendmachung ihrer politischen, geistigen und materiellen Bedeutung nur durch die Waffen gezwungen werden könnten. Es klang einmal — und die Zeit ist noch nicht sehr entfernt — von hoher Stelle und aus hehrem Munde das Wort: „Moralische Eroberungen!“ und durch ganz Deutschland fand dieses Wort ein begeistertes Echo. Daß dieses Wort heute vergessen; daß an seinen Platz ein hartes, schmerzliches getreten; daß die Entscheidung eines häuslichen Zwistes durch die Schneide des Schwertes gestellt werden soll: das ist sehr beklagenswerth und müßte die der schwersten Verantwortung ansiehn, welche es so weit gebracht haben. Diese gewichtigen, wohl zu beherzigenden Worte, aus unserer Feder sind sie nicht geflossen, wir citiren die „Schlesische Zeitung“, ein preußisches Organ, um zu zeigen, wie wenig man die vermeffene Politik Preußens selbst in den ergebensten preußischen Organen billigt.

Ein Berliner Correspondent der „Schles. Ztg.“ schreibt: Unter den sich widersprechenden Nachrichten

über die jedenfalls kritische Lage ist der Artikel, den die „Neue Preuß. Ztg.“ heute Abend über die österreichischen und sächsischen Rüstungen bringt, wohl nur deshalb bemerkenswerth, weil man vielleicht daraus schließen darf, daß die preußische Regierung sich jetzt ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, zu rüsten. Die „N. P. Z.“ motivirt das mit den Rüstungen Oesterreichs und Sachsens. Wir wissen nicht, aus welchen Quellen sie dabei geschöpft hat, doch ist anzunehmen, daß die Regierung über die militärischen Vorgänge in den beiden Nachbarländern gut unterrichtet ist, und es würde sich nur fragen, ob das Blatt bei seiner Mittheilung aus Quellen geschöpft hat, welche ihm bei ihren Beziehungen zu dem Ministerium offen stehen mögen, oder ob es nur Nachrichten benutzt hat, die theils von anderer Seite kommen, theils auch schon — begleitet von den gewöhnlichen Dementis — die Zeitungen durchlaufen haben. Wenn wir, ohne Kenntniß von positiven, glaubwürdigen Nachrichten, urtheilen dürfen, so erscheint die Behauptung von Rüstungen Oesterreichs und Sachsens nicht allzu glaubwürdig. Allerdings hat in Sachsen Herr von Beust schon mehrere Male eine Erregtheit gezeigt, welche durch eine ruhige Reflexion über die Stellung und die Machtverhältnisse Sachsens hätte gemäßig werden müssen; daß aber Sachsens sich so schleunig in die Arme Oesterreichs werfen sollte, wo es die Aussicht hat, zuerst die Kosten eines solchen Bündnisses zu tragen, ist doch sehr unwahrscheinlich. Was aber Oesterreich betrifft, hat dieses, wie auf der Hand liegt, Ursache genug, einen möglicher Weise ganz unnützen Kostenaufwand, selbst auf die Gefahr, überrascht zu werden, zu vermeiden. In dem diplomatischen Kriege, welcher zwischen Preußen und Oesterreich geführt wird, kommt es für jeden von beiden Staaten vor Allem darauf an, der Angegriffene, nicht der Angreifer zu sein, so bald einmal die Diplomatie am Vorabend ihrer Abdankung steht. In beiden Staaten aber scheint uns das erste unzweifelhafte Zeichen einer Rüstung nicht die Mobilmachung von so und so viel Regimentern, sondern ein Wechsel in der inneren Politik (und zu der inneren Politik Preußens gehört gewissermaßen jetzt auch die Verwaltung Schleswigs) zu sein. In auffallendem Widerspruch mit dem heutigen Artikel der „Neuen Preuß. Ztg.“ hat übrigens die Börse zum ersten Male seit einer Woche eine bessere Haltung gezeigt, und obgleich Niemand zu sagen wußte, worauf sich die bessere Zukunft stütze, so glaubt man doch nicht, daß sie ganz grundlos gewesen sei. „Es gibt keinen Rauch ohne Feuer“ — was nicht ausschließt, daß die Zuversicht morgen in Rauch aufgegangen sein kann.

Das „Dresd. Journ.“ entgegnet auf den Artikel der „Kreuz-Ztg.“, welcher sagt, daß Oesterreich und Sachsen durch ihre Rüstungen preußische Gegenrüstungen provociren, folgendes: Sachsen wendet den militärischen Arrangements nur jene Aufmerksamkeit zu, welche die bundesmäßige Instandhaltung seiner Militärkräfte erfordert.

Die Infimuationen der „Kreuz-Ztg.“ werden heute auch von der „Wiener Abendpost“ auf das entschiedenste und unzweideutigste abgefertigt. Es sei nicht die entfernteste Provocation von Oesterreich ausgegangen, nicht eine militärische Vorkehrung getroffen worden, welche auf die Eventualität eines Angriffs krieges deuten würde. Nicht einmal die zahlreichen Nachrichten über die Einleitung militärischer Maßnahmen, welche sogar in preußischen officiösen Blättern verbreitet waren, haben active Entschliessungen der österr. Regierung hervorgerufen. Die österreichische Armee befindet sich in tiefem Friedensstande. Schon der Charakter der schleswig-holsteinischen Politik Oesterreichs müßte jeden Gedanken an ein aggressives Vorgehen von seiner Seite geradezu als absurd erscheinen lassen. Oesterreich wolle nichts erreichen, es habe sich entfernt nicht Ziele vorgestekt, die es nöthigen würden, von seiner Kriegsmacht Gebrauch zu machen. Es könne höchstens in die Lage gerathen, Gewalt abzuwehren, aber sicher nicht in die, Gewalt anzuwenden zu müssen. Wenn daher Preußen keine anderen Gefahren drohen als die, daß ein offensives Vorgehen von Seite Oesterreichs erfolgen könnte, so dürfe man es zu der politischen Situation aufrichtig beglückwünschen.

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt heute: Die Lage wird bedenklicher — sagten wir gestern — durch die Rüstungen, die Oesterreich und Sachsen vornehmen. Und wir sind nicht in der Lage, diese unsere gestrige Meinung heute zurückzunehmen. Von vielen Seiten wird jetzt auch anderen Blättern gemeldet, daß österreichische Truppen in Bewegung sind, und das officielle Organ des Dresdener Cabinets erklärt sogar, die Mobilisirung sei in Sachsen nicht sistirt worden. Es bleibt also dabei, daß die preußische Regierung

durchaus genöthigt ist, nun auch ihrerseits das Nöthige zu thun, um gegnerischen Maßnahmen dieser Art allenfalls mit Nachdruck begegnen zu können. Indessen folgt aus dieser Bedenklichkeit der Lage doch noch keineswegs, daß wir dem Kriege nahe sind. Ein Krieg zwischen den deutschen Großmächten ist — wir brauchen es kaum zu wiederholen — etwas so Ungeheures, er bringt jedenfalls, wie auch der Ausgang sein mag, so viel Unglück mit sich, daß es keinem Fürsten und Staatsmann beikommen wird, leichtin solchen Kampf zu beginnen. Die preußische Regierung hat während der letzten Jahre fortwährend (?) gezeigt, daß es ihr lebhafter Wunsch, in Allianz mit Oesterreich zu stehen und dadurch die Entscheidung aller deutschen Fragen dem Auslande vollständig zu entziehen. Wir wünschen dringend und hoffen, daß unsere Regierung in dieser Richtung verharren wird. Eine Zeit lang war auch das Wiener Cabinet der Meinung, der Friede Europa's und die Macht Deutschlands seien am sichersten begründet, wenn die deutschen Großmächte im Bündniß ständen. Aber jetzt scheinen die leitenden Diplomaten Oesterreichs die Sache allerdings anders anzusehen. Sie treten Preußen überall feindselig entgegen und suchen außerhalb Deutschlands ihre Bundesgenossen. Will der Kaiserstaat wirklich Krieg anfangen (?) mit Preußen? — Zwar wir bedauern das aufs Lebhafteste, doch würden wir immerhin darauf gefaßt sein. Aber wehe dem, der so leichtfertig in die Vossane stößt zum Untergange Deutschlands! So oder so — das Gericht ist ihm gewiß.

Ein der „R. Z.“ aus Wien zugekommenes Telegramm vom 19. d. meldet: „Es ist eine beruhigende Erklärung nach Berlin abgegangen. Die Kriegsbesürchtungen sind unbegründet und die Gasteiner Convention bleibt aufrecht erhalten. Mittlerweile ist eine Bundesreform eingeleitet.“ Die oben erwähnte beruhigende Erklärung wird wohl nur in der Wiederholung der auch in dem Rundschreiben an die Vertreter bei den übrigen Mächten abgegangenen Versicherung bestehen, daß Oesterreich auf keinen Fall den Krieg beginnen werde. Der übrige Theil des Telegramms bezieht sich wohl nur auf die, wie gestern erwähnt, in Wien verbreitet gewordenen Gerüchte von der in Berlin eingetretenen friedlichen Stimmung. Die Nachricht, daß Preußen bei der Gasteiner Convention verharren wolle, erscheint dem „N. Fremdenblatt“ als keine genügende Grundlage für die Erhaltung des Friedens. Oesterreich, meint dasselbe, wird sich dafür bedanken, nach einer bis zur Kriegsgefahr getriebenen Reibung über die Behandlung des Gasteiner Vertrags, wieder bei demselben stehen zu bleiben und etwa abzuwarten, bis die Verhältnisse in Deutschland Preußen geeigneter erscheinen, sich über diesen Vertrag hinwegzusetzen und die Frage nach seinem Belieben zu lösen. Oesterreich muß und wird darauf bestehen, daß die Herzogthümerfrage endlich definitiv gelöst werde. Und da ein Definitivum in dieser Frage jedenfalls eine europäische Angelegenheit ist, da die beiden Mächte den Wiener Vertrag als europäische Mächte geschlossen haben, so gibt die zufällige Existenz einer europäischen Konferenz die beste Gelegenheit, um diese Frage endgültig und ohne Krieg zur Lösung zu bringen. Ueberhaupt scheint die Auffassung, daß Oesterreich und Preußen in der schwebenden Frage als europäische Mächte verwickelt sind, die in Wien herrschende zu sein, und wäre demnach die gestrige Mittheilung über Anregung der Bundesintervention mit Vorsicht aufzunehmen.

Die officiöse Pariser „France“ ist der Ansicht, daß trotz den von Berlin ausgehenden kriegerischen Demonstrationen die Differenz der beiden deutschen Großmächte das Gebiet der Diplomatie nicht verlassen wird. Könnte die Herzogthümerfrage auf einen directen Conflict zwischen diesen beiden Mächten hinausgehen, so würde sie eine Frage europäischen Interesses und voraussichtlich ein Gegenstand der Verhandlung auf der jetzigen Pariser Konferenz werden.

In Wien, schreibt ein Wiener Corr. der „N. P. Z.“, hofft man, Preußens Gegnerschaft im Hinblick auf Frankreichs Freundschaft ertragen zu können. Der französische Botschafter hat jetzt täglich Konferenzen mit dem Grafen Mensdorff und man spricht ganz ernsthaft davon, daß in diesen Zusammenkünften ein Oesterreich-französischer Vertrag ausgearbeitet würde, der die Stellung Oesterreichs zu Neu-Italien regeln und unserer Politik in der orientalischen Frage eine neue Richtung geben würde. Andererseits aber wird darauf hingewiesen, daß Benedek, falls der Conflict mit Preußen seine äußerste Consequenz erreiche, in Italien abkömmlisch werden könne und nach Holstein (?) gehen werde, woraus hervorgeht, daß man Frankreichs Intervention in Italien zu Gunsten der Fortdauer

des Friedens sicher erwartet.

Berliner Correspondenten der schlesischen Zeitungen sprechen von einer zunehmenden Enstremung der preußischen und französischen Regierung.

In den letzten Tagen tauchte abermals die Nachricht von einer Reise des Generals Mantouffet nach Wien auf. Sie erhielt jedoch keine Bestätigung und die maßgebenden Berliner Journale wissen nichts von ihr.

Nach einer Berliner Correspondenz der „N. P. Ztg.“ erwartet man daselbst, daß der „Staatsanzeiger“ einen Beruhigungsartikel gegen die allarmirenden Kriegsgerüchte bringen und so die Abwiegelsordnung mit seiner Autorität bestätigen werde, welche schon seit einiger Zeit den Officiösen aller Grade ertheilt wurde. Ob eine officiöse Note dieser Art erscheinen wird, wissen wir nicht, wohl aber, daß man in Regierungskreisen die Nothwendigkeit ihres Erscheinens erkennt. Es wird nämlich darauf hingewiesen, daß die Generalprobe des Mobilmachungschauspiels in allen Theilen der Bevölkerung einen sehr schlimmen Eindruck gemacht.

Dem „N. Frdb.“ wird aus Berlin, 20. d., tel. gemeldet: Die (gestern mitgetheilte) Nachricht der „Epoca“ vom Rücktritte Bismarck's ist erdichtet. Derselbe ist mehr als je in der Gunst des Königs, der mit Bismarck's Handlungen und Plänen vollkommen einverstanden ist.

Nach einer Mittheilung des „Hamb. Corr.“ hat Graf Bismarck dem Könige eine Denkschrift über die Situation und Preußens Ziele vorgelegt. Der König soll sich mit den Grundzügen einverstanden erklärt haben. — Die „Bank- und Handels-Zeitung“ spricht von dem umlaufenden Gerüchte, daß Prinz Friedrich Carl den Oberbefehl erhalten solle. — Nach der „Hamb. Ztg.“ haben die Truppen in Altona Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. — Dem „Altonaer Mercur“ wird aus Leipzig berichtet, daß Sachsen mit Oesterreich gehen werde. — Die „Zeitl. Corr.“ empfiehlt einen deutschen Fürsten- und Völkercongress.

Aus München berichtet der „Vollsbote“, daß fast Tag für Tag Depeschen von Berlin und Wien dort eintreffen, um die Haltung Baierns zu bestimmen oder darüber ins Klare zu kommen.

Eine Mittheilung, die dem „Hamb. Corr.“ aus Frankfurt a. M. zugeht, besagt, daß zwischen Oesterreich und der Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten ein Einverständnis dahin erzielt sei, daß gemäß der Bundesverfassung gegen denjenigen Staat, der das Bundesrecht durchbricht, ein gemeinsames Einschreiten geboten erscheine.

Die „Gen. Corr.“ bemerkt bezüglich der von den Blättern vielfach besprochenen angeblichen Besetzung der holstein'schen Etappenstraßen durch preußische Truppen und der daran geknüpften Deutungen: Die kürzlich abgeschlossene Etappen-Convention sei lediglich die Ausführung der im Gasteiner Vertrag dießfalls enthaltenen Bestimmungen, und es liege hier nicht das Mindeste vor, woraus die Denigung dieser Convention preußischerseits in einer Oesterreich feindlichen Richtung gedeutet werden könnte.

Die in der Etappen-Convention für die kgl. preuß. Regierung festgesetzten Militärtrahen, schreibt die „N. P. Z.“, sind folgende: 1) von Hamburg (Altona) nach Rendsburg und 2) von Lübel (Gr. Grönuu) nach Kiel. Um die gute Ordnung auf den Etappen aufrecht zu erhalten, können in Altona, Rensburg, Rendsburg, Wismar und Kiel k. preußische Etappen-Commandanten bestellt werden, deren Bestimmung im Allgemeinen dahin geht, den durchmarschirenden Truppen die Quartiere in den einzelnen Etappen anzuweisen, für die Ertheilung der vorgeschriebenen Dittungen z. mit Sorge zu tragen und etwaigen Beschwerden nach Möglichkeit abzuwehren. Eine Autorität über die Einwohner des Herzogthums Holstein wird jenen Etappen-Commandanten jedoch nicht beigelegt.

Die „N. P. Ztg.“ bringt einen Artikel über die deutsche Frage, in welchem sie in Bezug auf Schleswig-Holstein unter Anderem folgendes bemerkt: Die Bevölkerung der einzelnen Landestheile Deutschlands ist nicht die deutsche Nation, und wenn den Bewohnern Holsteins ein Selbstbestimmungsrecht zu Gunsten des Kieler Staatsystems eingeräumt wird, so müßte dieselbe Befugniß jedem Bruchtheil Deutschlands zukommen. Es käme dann dahin, daß etwa ein Beschluß der von Hamburg und Lübel gemeinsam besessenen „Bierlande“, sich als constitutionelle Particularlandestheile an und zwischen den Elb-Ärmen eine besondere Häuslichkeit einzurichten, respectirt werden müsse. Wir haben oftmals nachgewiesen, daß die Herzogthümer für die militärischen und maritimen Interessen Preußens so wie Deutschlands von weittragender Bedeutung sind. Preußen kann auf die Geltendmachung derselben daher nicht verzichten; es



kann die Entscheidung über eine Frage, welche die Fundamente seines Staatslebens berührt, nicht von der Gefälligkeit der Bewohner der Herzogthümer abhängig machen. Dieselben haben bisher keine staatliche Existenz gehabt; sie waren Bestandtheile eines fremden Reiches. Dem unter ihnen aufgetretenen Präsidenten kann Preußen keine Rechtsansprüche zugestehen. Was bleibt unter solchen Umständen zur Vermeidung einer Friedensstörung übrig, als die Appellation an die deutsche Gesamtheit, gebildet von den Regierungen und der berufenen deutschen Volksvertretung.

In Betreff der Bundesreform-Frage wird nach einem Telegramm der „Weser-Ztg.“ versichert, daß Preußen das Anerbieten mache, im Kriegsfalle den Bundesstaaten Garantie für ihren Bestand zu leisten, unter der Bedingung, daß die diplomatische Vertretung und die militärische Oberleitung an Preußen übertragen werden.

Ein officiöser Wiener Correspondent der „A. Z.“ erklärt, es sei, trotzdem Drouyn de Lhuys in einem Exposé den Stand der gesamten Angelegenheit klar gelegt, durchaus noch nicht bestimmt, ob sich Frankreich für den Fortbestand der Union der Walachei mit der Moldau erklären werde. Hierbei sowohl als über einige andere Nebenfragen finden in Paris zwischen den betreffenden Vertretern häufig Vorbesprechungen statt.

Es wird noch mehrere Sitzungen der Donaufürstenthümerconferenz bedürfen, um zu einer endgültigen Lösung zu gelangen. Drei Mitglieder der provisorischen Regierung in Bukarest sind hier eingetroffen und in officieller Weise von den Mitgliedern der Conferenz empfangen worden. Sie verlangen die Einsetzung eines fremden Fürsten.

Wie aus Wien berichtet wird, sind dort aus Bukarest die Herren Steege und Voenece als Delegirte der rumänischen Regierung eingetroffen, um für die Einsetzung eines ausländischen Prinzen auf den Thron Rumäniens zu wirken. Eine andere Bukarester Deputation hat sich zu dem gleichen Zwecke nach London begeben. Herr Steege ist ein geborner Siebenbürger Sachse, jedoch schon seit Jahren in der Walachei naturalisirt. Er war seinerzeit Mitglied der internationalen Donau-Commission und soll nicht geringe diplomatische Gewandtheit besitzen.

Die Nachrichten aus Odessa lauten beruhigend. Die Alarmgerüchte scheinen durch die Angstlichkeit oder durch den Ueberreifer des Polizeidirectors in Rove-Sistice entstanden zu sein, der bei der ersten Nachricht von der Entsetzung Cufas Truppenverstärkungen begehrte, den Grenzverkehr aufhob oder beschränkte u. s. f. Die betreffenden Maßregeln sind durch den General v. Rogebue bereits rückgängig gemacht.

Aus Hamburg wird auf telegraphischem Wege gemeldet, daß Schweden angesichts der drohenden Verwicklung maritime Rüstungen betreibt.

Über die englische Reformbill wird es noch zu harten Kämpfen kommen. In einer Versammlung der Conservativen wurde einstimmig beschlossen, die ministerielle Reformbill in jedem Stadium hartnäckig zu bekämpfen. Das Amendement zur zweiten Lesung wird die Form einer Resolution tragen, dahin lautend, daß keine Reformbill, welche die Frage vollständig zu lösen versteht, das Parlament befriedigen könne.

Wie die „Morning Post“ berichtet, ist zwischen dem Cabinet der Tuilerien und dem Kaiser Maximilian von Mexico ein Abkommen bezüglich der Räumung des Landes seitens der französischen Truppen getroffen worden. Herr Hidalgo überbringt das betreffende Actenstück von Mexico nach Paris. Die Räumung erfolgt nach und nach. In Vera-Cruz wird dagegen eine französische Truppenmacht noch längere Zeit verweilen. Ueber den Inhalt der bereits vor längerer Zeit in Paris eingetroffenen Montholon'schen Depeschen verlautet nichts günstigeres, als man nach der langen Geheimniskammer erwarten konnte. Die Washingtoner Regierung bekennet neuerdings Neutralität gegenüber Frankreich, ohne sich zu einer bestimmten Haltung Mexico gegenüber zu verpflichten.

Ueber die Freundschaft Rußlands für Amerika sagt die russische Correspondenz vom 15. d.: Nicht die diplomatischen Beziehungen, auch die persönlichen haben diese vollkommene Eintracht gestiftet. Die Gründe der gegenseitigen Sympathie sind zahlreich: beide haben ein einziges Gebiet, dieselbe Civilisations-Mission für die nachbarlichen Völker und ihre Sitten und Institutionen haben eine bisher nicht genug gewürdigte Uebereinstimmung in der Weise, wie sowohl das russische als das amerikanische Volk die Gemeinde aufgefacht und entwickelt haben. Rußland ist seit lange ein demokratisches Land und der russische Bauer betrachtet instinctmäßig oder in Folge hundertjähriger Uebereinstimmung die Gemeinde als eine Art von Palladium. Die Uebereinstimmung beider Völker beruht auf wirklichen Grundlagen und wir stimmen von ganzem Herzen und ohne jeden Rückhalt in die vom General Clay bei Gelegenheit des Moskauer Diners gesprochenen Worte ein. Rußland schreitet mit festem Schritt auf der durch seinen Souverain eröffneten neuen Bahn vorwärts und nähert sich so mehr und mehr seinem überseeischen Freunde.

### Landtagsangelegenheiten.

[50. Sitzung des galizischen Landtages am 15. März 1866.]  
Der Landmarschall Herr Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr Vorm.  
Anwesend: 133 Abgeordnete. Von Seite der Re-

gierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung wird dem Abg. Rusiecki ein weiterer achtstägiger Urlaub bewilligt.

Folgt die Verlesung der neuerdings eingelaufenen Petitionen, deren letzte Zahl 2208 trägt.

Abg. v. Boezkowsky, Obmann der Petitionscommission, theilt mit, daß einige Petitionen von dieser Commission an die betreffenden Specialcommissionen geleitet wurden; namentlich wurde die Petition der Magister der Pharmacie in Krasau wegen Zuerkennung des Wahlrechtes an den Landesausschuß, die Petition der Städte Kolomea und Strzy wegen Verleihung eigener Gemeindeordnungen an die Commission für städtische Statute, die Petition des Comités der k. k. galizischen Landwirtschaftsgesellschaft wegen Ertheilung von Stipendien für die Zöglinge der Ackerbauschule in Dublany an die Budgetcommission überwiesen.

Folgt der Tagesordnung gemäß der weitere Bericht der Administrativcommission über die Viehseuche. Der Referent v. Agopowicz schlägt im Namen der Commission vor, den abgelehnten Paragraph über die Einführung von Vieh-Certificaten und der Viehstandsaufnahme im ganzen Lande in zweiter Lesung anzunehmen. Außerdem hat die Commission einige Modificationen und Wälderungen bewirkt, um die Führung der Seidenz über den Viehstand zu erleichtern. Die Commission empfiehlt daher dem Landtage neuerdings die Annahme des in dem Theile B. des Antrages enthaltenen 12. Absatz in seiner ursprünglichen Fassung, welche lautet:

„In einer jeden Gemeinde wird das Gemeindeamt und der Vorstand des Gutgebietes in derselben ein genaues Verzeichniß des im Besitze der einzelnen Einwohner befindlichen Viehes verassen, in welches ein jedes Stück vom 1. Lebensjahre an einzutragen ist. Ein solches Verzeichniß hat zu enthalten: a) die Ordnungswahl, b) die Benennung der Stadt, des Dorfes und Bezirkes, c) den Vor- und Zunamen des Eigenthümers, d) die Haus-Nummer, e) die Gattung, Farbe, das Alter und die besonderen Kennzeichen des Viehes.“

Abg. v. Wezyk spricht gegen den Antrag auf die Einführung der Certificate und der Aufnahme des Viehstandes und stellt vor, daß es ungewissem sei, wegen der mangelhaften Einrichtung der Quarantaine und der unzulänglichen Gränzbewachung dem Lande so schwere Lasten und Verpflichtungen aufzubürden. Weiter wiederholt er seine früher ausgesprochenen Bedenken und macht darauf aufmerksam, daß dem Hause das Recht nicht zusteht, einen bereits verworfenen Antrag in derselben Session abermals in Berathung zu ziehen.

Diese letzte Bemerkung wird vom Landmarschall widerlegt, weil der ganze Antrag nicht verworfen, sondern nur ein Theil desselben noch einmal an die Commission zur Prüfung zurückgeleitet wurde.

Hr. St. Wodjicki unterstützt den Berichterstatter und hebt hervor, daß sich beinahe die ganze Commission für das derart modificirte Gesetz ausgesprochen hat. Er geht auf die Einwürfe des Abg. v. Wezyk speciell ein und sucht dieselben zu widerlegen.

Abg. v. Wezyk ergreift noch einmal das Wort und warnt das Haus vor der Einführung solcher Viehstandsaufnahme, weil die Regierung auf Grundlage derselben eine neue Abgabe von dem Viehe fordern könnte. Graf Golejewski erwidert ihm, daß obnehin alljährlich amtliche Viehstandsaufnahme verfaßt werden.

Für den Commissionsantrag sprechen noch die Abg. v. Gnoinski und Dr. Zybkiewicz, gegen denselben die Abg. Pryczak, Trochanowski und Kobasinski.

Bei der Abstimmung durch das Aufstehen war die Majorität zweifelhaft, es wurde daher zur namentlichen Abstimmung geschritten, bei welcher 59 Abgeordnete für und 59 gegen den Antrag der Commission stimmten. Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Der Landmarschall führt die Sitzung auf ½ Stunde, damit die Commission über die weitere Behandlung des Gegenstandes berathen könnte.

Nach einer ¼ stündigen Unterbrechung legt der Referent v. Agopowicz folgenden Antrag vor:

Die Administrativcommission ist in Hinblick auf die Verwerfung des Absatzes B Nr. 12 nicht in der Lage, weder die bereits angenommenen, noch die noch zur Annahme verbliebenen Theile ihres Antrages zu verwerfen und schlägt dem h. Hause die Wahl einer neuen Commission vor, welche alle von der Administrativcommission gesammelten Vebelle zu übernehmen und dem h. Hause ihren Bericht über den Antrag des Abg. v. Agopowicz vorzulegen hätte und eventuell, wenn das h. Haus wegen der kurzen Dauer der gegenwärtigen Session den von der Administrativcommission vorgeschlagenen Antrag als nicht entsprechend anerkennen sollte, so könnte die Commission dem h. Hause nur nachstehenden Antrag vorlegen: Der Landtag fordert die h. Regierung auf, in der nächsten Landtags-Session seine Vorlage in Betreff der Mittel gegen die Viehseuche einbringen zu wollen.

Dr. Zybkiewicz erklärt sich gegen die von der Commission gestellte Alternation. Er ist sowohl gegen die Wahl einer neuen Commission ad hoc in Hinblick auf die kurze Dauer dieser Session, als auch gegen das Ansuchen an die Regierung wegen Vorlage eines diesbezüglichen Entwurfes, und beantragt, das Haus wolle über diesen Gegenstand zur Tagesordnung übergehen.

Ab. Gietiski stellt das Amendement, diesen Gegenstand noch einmal an dieselbe Commission zurückzuleiten, damit sie mit Weglassung des abgelehnten Absatzes ihre Anträge vorlegt.

Abg. v. Rozkowski unterstützt den Antrag des Dr. Zybkiewicz auf den Uebergang zur Tagesordnung und beantragt als Zusatz, der Landtag möge den Wunsch ansprechen, die k. k. Regierung wolle die bestehenden Vorschriften gegen die Ausbreitung der Kinderpest streng handhaben und zugleich die Zahl der Contumazstationen nach dem wirklichen Bedarfe vermehren lassen.

Dr. Zybkiewicz ist mit diesem Zusatz einverstanden, worauf sein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit dem Zusatz des Abg. v. Rozkowski mit Stimmenmehrheit angenommen wird.

Die Sitzung wird um 2¼ Uhr N. M. geschlossen. — Nächste Sitzung Freitag, Tagesordnung: Generaldebatte über die Gemeindeordnung.

Die „G. öst. Ztg.“ spricht in einem polemischen Artikel über die Art der Verhandlungsergebnisse mit Ungarn und der Vorlage derselben an die legalen Vertreter der Königreiche und Länder dieses Reiches die Ansicht aus, daß nicht die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums, sondern die pragmatische Sanction für beide Theile der Ausgangspunkt der Verhandlungen sei, und daß das verantwortliche Ministerium eben einen Theil der Resultate bilde, welche der ungarische Landtag aus den Verhandlungen gewinnen will. „Die Regierung“, also argumentirt das genannte Blatt weiter, beneidet gerade durch die Thatsache, daß sie verhandelt, zur vollen Genüge, daß sie nicht erwartet, die Verhandlungsergebnisse von selbst kommen zu sehen, wenn sie auch allerdings nicht Willens scheint, diese Resultate dadurch zu beschleunigen, daß sie einfach die Dictate der jeweiligen Majorität des ungarischen Landtages sich aneignet.“ Die „G. öst. Ztg.“ gibt der Uebersetzung Ausdruck, der ungarische Reichstag werde zu derjenigen Lösung schreiten, welche ihm durch die höhere Pflicht gegen Reich und Land vorgezeichnet erscheine, und schließt mit der Versicherung, daß sie „dem Ergebnisse der Arbeiten der 52er Commission mit vollem Vertrauen entgegenstehe.“

Die „Herm. Ztg.“ theilt eine Repräsentation der sächsischen Nationsuniversität mit. Das Actenstück schließt sich an die Repräsentation vom 6. November 1865, an die Sondermeinung der sächsischen Landtagsdeputirten, daß der Artikel in Betreff der Union Siebenbürgens kein rechtsverbindliches Gesetz sei, und an die Rechtsverwahrungen der sächsischen Kreise anlässlich der Berufung der siebenbürgischen Vertreter zum Pester Landtage an. Siebenbürgen habe ein grundgesetzliches und vertragmäßiges Recht, ein selbstständiges zur ungarischen Krone gehöriges Land des Reiches zu sein. Eine endgültige Lösung der Unionsfrage vor der Revision der 1848er Gesetze und Regelung der staatsrechtlichen Fragen gegenüber dem Reiche sei unmöglich. Die Nationsuniversität erwarte, daß der Pester Landtag einstimmig in eine auch Siebenbürgen bindende Verhandlung und Schlußfassung über die Union nicht werde eingehen wollen, sonst müßte die Nationsuniversität Verwahrung einlegen; dieselbe bittet, Se. Majestät geruhe, den gesetzlichen Einfluß Siebenbürgens auf die verfassungsmäßige Rechtsgealtung des Reiches ungeschmälert zu wahren und die über die Union obschwebenden Fragen der verfassungsmäßigen, abgesonderten Berathung und Schlußfassung des siebenbürgischen Landtages nach dessen gesetzlicher Competenz vorzubehalten.

Einem Agrarier Telegramm des „H. Frmdbl.“ zufolge soll keine Hoffnung vorhanden sein, eine Einigung zwischen den Croaten und Magyaren zu erzielen. Die Magyaren wollen von der vom croatischen Landtage verlangten Wiedereinverleibung der Mur-Insel in Croatien nichts hören, während die Croaten die vom ungarischen Landtage geforderte directe Einverleibung der Stadt Fiume in Ungarn um keinen Preis zulassen würden. Zudem gibt es noch hundert andere Streitobjecte. Wie ein Pester Telegramm desselben Blattes meldet, war Bischof Strohmayer am 20. d. in Pest, wo er mit Deak conferirte; es wird somit abzuwarten sein, ob nicht doch ein Ausgleich zu Stande kommt.

Telegraphische Landtagsberichte.

Pest, 20. März. In der heutigen Sitzung der Magnatentafel überreichte der Schriftführer der Deputirtenafel Ivanovics eine Abschrift der vom croatischen Landtage an das ungarische Repräsentantenhaus gerichteten Zuschrift, nebst einem Auszuge des Protocolls der betreffenden Sitzung dieses Hauses. Nach Verlesung beider Schriftstücke wird deren Drucklegung angeordnet und werden dieselben morgen zur Berathung kommen. Nach Mittheilung des Präsidenten, das Repräsentantenhaus habe eine Abschrift seiner ersten Adresse zur Kenntnissnahme mitgetheilt, wird beschloffen, dieses Schriftstück im Archiv des Hauses zu hinterlegen. Hierauf wurde der Bericht der Verifications-Commission verlesen. Nach Schluß der Sitzung war Conferenz in Angelegenheit der morgen zur Berathung kommenden croatischen Frage.

Prag, 20. März. In der heutigen Landtagsitzung machte das Statthalterpräsidium die Mittheilung, daß Se. Majestät den Gesetzentwurf, betreffend die Aenderungen der Prager und Reichenberger Gemeinde- und Bauordnung nicht sanctionirt habe. — Herbst brachte im Namen der Linken den gestern angemeldeten Protest gegen die Geschäftsabhandlung der Adresse ein. Der Landmarschall entgegnet, er werde den Protest geschäftsmäßig den Protocollen beilegen. Hierauf wurde die Specialdebatte über die Adresse eröffnet. Herbst verlangt über den die Virilstimmen und Aufhebung der Handelskammern handelnden Passus namentliche Abstimmung. Der Oberstlandmarschall sagte dieselbe zu. Hierauf sprachen Sadil und Leo Thun.

Ein späteres Telegramm meldet: Die Adresse wurde ohne wesentliche Specialdebatte erledigt. Herbst erklärte: Die Linke werde sich selbstverständlich an der Debatte nicht theilnehmen. Ueber Verlangen der „ne!“ bringt heute einen Belohnungsartikel zu Ehren

Linken wurde die Abstimmung über die die Virilstimmen und die Stimmen der Handelskammern behandelnden Alinea's, so wie über die ganze Adresse durch Namens-Aufruf vorgenommen. Erstes Alinea wurde mit 115 gegen 96, das zweite mit 115 gegen 100 und die ganze mit 119 gegen 98 Stimmen angenommen. Der Oberstlandmarschall erklärt die Alinea's, so wie die ganze Adresse für durch Majorität angenommen, nachdem s. 38 der Landesordnung hier nicht anwendbar sei. Herbst meldet Namens der Linken für morgen einen Protest gegen die Resultate der namentlichen Abstimmung, so wie gegen die Erklärung des Oberstlandmarschalls an. Mit der Ueberreichung der Adresse wurde der Oberstlandmarschall betraut. Nächste Sitzung morgen.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. März.

Wie man aus Linz schreibt, ist keine Hoffnung, daß Ihre k. Hoheit Frau Erzherzogin Clotilde sobald dahin zurückkehre. Die schwergeprüfte hohe Frau, die vor Kurzem Ihr geliebtes Kind durch den Tod verlor, ist neuerdings durch einen Unglücksfall einer erneuerten Hoffnung auf Familienfreuden beraubt worden.

Herzog Philipp von Württemberg und Gemalin sind vorgestern Nachmittag mit dem Schnellzuge der Westbahn nach England gereist und werden sich dort ungefähr 6 Wochen aufhalten.

Die „Gen.-Corr.“ bezeichnet das Gerücht von einer mehrstägigen Schließung der Staatsdruckerei — nach einer anderen Version der Druckerei der „Wiener Zeitung“ — und von geheimen, in diesen Establishments stattfindenden Arbeiten, als vollkommen unbegründet.

Wie die „Prager Ztg.“ meldet, hat am 19. d. ein Exceß in Saaz stattgefunden. Man fand Brand-Drohbriefe; drei Arrestirungen wurden vorgenommen; starke Patrouillen durchstreiften die Stadt. Es wurde Militär requirirt. In Folge dieser Ereignisse wird das Standrecht auch im Saazer Kreise publicirt werden.

Das Abendblatt der „Prager Ztg.“ vom 20. meldet: Mit Rücksicht auf den in hohem Grade gestörten öffentlichen Sicherheitszustand in mehreren Kreisen des Landes hat das Statthaltereipräsidium die Kreisvorsteher ermächtigt, dort, wo sie es dringend nöthig finden, die Abhaltung von einzelnen Märkten zu sistiren. Seit den gestrigen Vorkommnissen in Saaz wurde die Ruhe nicht weiter gestört. Ein Gerücht, daß die Stadt Schüttenhofen in Brand stehe, ist unbegründet.

Die k. Marine-Akademie wird am 1. October von Triest nach Fiume verlegt.

### Deutschland.

In Sachen May's schreibt die „Debatte“: Die letzte preussische Depesche, welche wegen der „Einbürgerung“ May's nach Wien gelangt ist, ist bereits dahin beantwortet worden, daß sich der Gegenstand zu weiterer diplomatischer Behandlung nicht eigne, daß aber von dem hollsteinischen Obergerichte als höherer Instanz eine Untersuchung eingeleitet werden solle, ob der Altonaer Magistrat, dem, wie Preußen behauptet, dessen gerichtliche Verfolgung bereits bekannt gewesen sein müsse, dem Redacteur May in fraudem legis die „Einbürgerung“ zugestanden habe.

### Frankreich.

Paris, 18. März. Der „Moniteur“ veröffentlicht das Decret, welches den neuen Statuten des Credit Mobilier die kaiserliche Genehmigung ertheilt. Nach Art. 2 dieses Decretes ist die Gesellschaft gehalten, vom 1. Januar 1867 an am Ende jedes Monats einen vom Verwaltungsrathe festgestellten, den Status ihrer Geschäfte in einem der zur Aufnahme officieller Inserate bestimmten Journale des Seine-Departements zu veröffentlichen. Dieser Status muß auch den Betrag der im Portefeuille enthaltenen Werthpapiere angeben. — Der „Abend-Moniteur“ meldet, daß durch kaiserliche Verfügung dem Hauptorte von Neu-Caledonien, welcher jetzt Port de France heißt, sein ehemaliger Name Numea, den er bei der Besitznahme der Insel führte, wiedergegeben worden ist. Diese Maßregel wurde durch die häufig vorkommende Verwechselung mit Port de France, dem Hauptorte von Martinique, veranlaßt. — Gestern Abend fand im Odéon die erste Aufführung des Stückes von Em. Augier „La Contagion“ statt. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten derselben bei, und es ist als eine beachtenswerthe Manifestation anzusehen, daß bei dem Eintritte des hohen Paares in die Loge der laute Ruf: Le Luxembourg! Le Luxembourg! sich erhob. Es war dies eine neue Form der Petition für Erhaltung des Luxembourgartens, die jedoch bei dem bekannten Charakter der Bevölkerung des lateinischen Viertels nicht ohne einen deutlichen demonstrativen Accent war. Man fing zuletzt an zu lachen, und der Kaiser lachte mit, was von den Luxembourgfreunden sehr günstig gedeutet wird. — Gestern war großer Empfang bei Lord Cowley. Unter den Anwesenden bemerkte man den Kronprinzen von Dänemark, der aber nur eine Viertelstunde auf der Gefandtschaft verweilte, Herrn Drouyn de Lhuys, die Herzogin von Mouchy, den Herzog von Persigny, so wie die bekannte Herzogin von Castiglione. Letztere behandelte Lady Cowley mit großer Auszeichnung, was allgemein auffiel. Der alte Herr von Nothchild, der ebenfalls anwesend war, unterhielt sich auch längere Zeit mit dieser Dame; er war äußerlich lebenswürdig, sagte sie ganz gemüthlich am Arm, und man fragte sich allgemein, ob die Herzogin, die nebenbei gesagt, eine hübsche Frau ist, sich wieder, wie zu Cavour's Zeiten, im Besitze wichtiger politischer Geheimnisse befinde. — Der „Constitutionnel“ bringt heute einen Belohnungsartikel zu Ehren







3. 6101. Kundmachung. (284. 2-3)

Das hohe k. k. Staatsministerium hat laut Erlaß vom 24. Februar 1866 Z. 1255/186 im Einverständnis mit dem hohen k. k. Finanzministerium die Bemerkung der Polhoraer Kreisstraße zu Gunsten der Straßenbauconcurrentz auf die weitere Dauer von drei Jahren gestattet und zugleich bestimmt, daß die Wegmauth für drei Meilen bei Korbilow und die Brückenmauth für alle drei im Zuge dieser Kreisstraße befindlichen Brücken zusammen bei Sporysz nach dem mit dem hohen Ministerial-Erlaß vom 8. August 1860 Z. 20144 bewilligten Tariffaße der II. Classe nach dem für Merarialmauthen festgestellten Ausmaße unter Aufrechthaltung der bei Merarialstraßen und Brücken festgesetzten Befreiungen, eingehoben werde.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krakau, am 8. März 1866.

Obwieszczenie.

Wysokie c. k. Ministerstwo stanu w porozumieniu z c. k. Ministerstwem skarbu raczyło dekretem z dnia 24 lutego 1866 r. do l. 1255/186 zezwolić na omycenie drogi obwodowej Polhorskiej, na korzyść konkurencyi na dalsze trzy lata z tym postanowieniem, ażeby myto drogowe za trzy mile w Korbilowie, zaś myto mostowe za wszystkie trzy mosty na tejże drodze w Sporyszu podług taryfy II klasy dla myt eraryalnych przepisanej a dekretem ministeryalnym z dnia 8 sierpnia 1860 r. do l. 20144 dla Polhorskiej drogi dozwolonej, pobierane było.

Co się niniejszem do powszechnej wiadomości z tym dodatkiem podaje, że przepisy względem uwolnienia od placenia myta drogowego i mostowego na drogach rządowych także i na drodze obwodowej wyżej wymienionej zastósowane być winny.

Z c. k. Komisji namiesiniczej. Kraków, dnia 8 marca 1866.

3. 3216. Kundmachung. (302. 3)

Bei der k. k. Finanzlandes-Direction in Krakau werden bis zum 3. April 1866, 11 Uhr Vormittags schriftliche Offerte auf die Pachtung der im Wadowicer Kreise gelegenen Mauthhöfe in Kostrze, Łazany, Opatkowie, Rzożów, Samborek und Tyniec entgegengenommen. Näheres enthält die in Nr. 65 enthaltene Kundmachung. Krakau, am 4. März 1866.

L. 2832. Edykt. (289. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia, iż na zaspokojenie należących się na mocy ugody sądowej z dnia 14 sierpnia 1860 l. 12829 p. Ludwikowi Hölzel, Antoniemu Zygmuntowi Hölzel, Józefowi Hölzel, Florianowi Hölzel, Juli z Hölzlów Haller, i Anny z Hölzlów Bilskiej reszty kosztów w kwocie 75 złr. 63 kr. w. a. i kosztów owego podania w kwocie 11 złr. 8 kr. w. a. przyznanych odbędzie się w gmachu c. k. Sądu krajowego w Krakowie egzekucyjną sprzedaż publiczną 1/4 części realności nr. 14 gm. VI/18 dz. VIII w Krakowie położonej, wedle ks. g. gm. VI vol. nov. 2, pag. 246, n. 2 haer. p. Karola Kemptera własnej, na 2991 złr. 72 kr. w. a. oszacowanej i egzekucyjną sprzedaż prawa dożywocia na rzecz Józefa z Szulców Kemptera na powyższej realności nr. 14 gm. VI, 18 dz. VIII w Krakowie wedle ks. g. gm. VI vol. nov. 2, pag. 246, n. 1 ograniczając zainstalowanego, na 4390 złr. 86 kr. w. a. oszacowanego w dwóch terminach, a mianowicie na dniu 26 kwietnia i na dniu 24 maja 1866 o godzinie 10 rano, na których sprzedaż tylko za cenę szacunkową lub wyżej tejże miejsce mieć będzie, a w razie bezskutecznego upływu tych dwóch terminów do wysłuchania wierzycieli w celu ustanowienia warunków lepszych wyznacza się termin na dzień 24 maja 1866 o godzinie 11 rano, poczem trzeci termin licytacji wyznaczonym będzie, na którym sprzedaż i niżej ceny szacunkowej nastąpi.

2. Chęć kupna mający złożyć jako wadium przy licytacji prawa własności 299 złr. 18 kr. w. a. zaś przy licytacji prawa dożywocia 439 złr. 9 kr. w. a. do rak komisji sądowej w gotówce, lub w obligacjach państwa, albo w listach zastawnych towarzystwa kredytowego galicyjskiego wraz z kuponami, a to podług ostatniego kursu, jaki w gazecie Krakowskiej notowany będzie.

3. Reszta warunków licytacji, tudzież wyciąg hipoteczny i akt oszacowania można przejrzyć w registraturze tutejszego c. k. Sądu krajowego.

O tym zawiadamia się prócz wszystkich wierzycieli z mającej pobytu wiadomości Franciszka Kemptera i Maryanny Kemptery przez ustanowionego kuratora Dra. Biesiaddeckiego zastępowanych, tudzież z imienia i miejsca pobytu niewiadomych spadkobierców Tomasza Kritzlera, dalej z miejsca pobytu niewiadomych Franciszka Hess, Józefa Bichterle, Józefa Zabińskiego, Ernesta Rudolfa Kaempe, oraz wszystkich wierzycieli hipotecznych, którzyby po dniu 14 marca 1865 do hipoteki realności nr. 14 gm. VI/18 dz. VIII weszli, lub którymbymby rezolucją z dnia 20 lutego 1866 l. 1466 ex 1865 licytacją dozwolającą, z jakiegokolwiek przyczyny przed terminem licytacji doreczoną być nie mogła, do rak ustanowionego dla nich kuratora adwokata Dra. Rydzowskiego, któremu się substytutą w osobie p. adw. Dra. Rosenblatta dodaje i przez niniejszy edykt.

Kraków, dnia 20 lutego 1866.

L. 2995. Edykt. (290. 2-3)

Ces. królewski Sąd Krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem nieznanych z nazwiska i miejsca pobytu wierzycieli hipotecznych dóbr Libertowa, że przeciw nim pp. Szymon, Józef, Władysław Padlewscy, Stefania Michniewska i Kazimira Starowiejska, właściciele Libertowa dnia 14 lutego 1866 do l. 2993 o ekstabulację sumy 146220 złp. wraz z 5% procentami w stanie biernym dóbr Libertowa dom. 50, p. 270, n. 35 on. na rzecz wierzycieli hipotecznych tych dóbr jako resztujące 2/3 części ceny kupna jakowych zainstalowanej pozw wnieśli, w załatwieniu którego termin na dzień 17 kwietnia 1866 o godzinie 10 rano wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych wiadome nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych na ich koszt i niebezpieczeństwo tutejszego adw. p. Dra. Kańskiego z substytucją p. adw. Dra. Biesiaddeckiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwany, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tym ces. król. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle, zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 19 lutego 1866.

L. 2801. Edykt. (283. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski czyni niniejszem wiadomo, iż celem zaspokojenia pretensyi Franciszka Ksawerego Zasowskiego w kwocie złr. 5000 m. k. czyli złr. 5250 w. a. wraz z 6% od dnia 1 kwietnia 1858 i kosztami w kwocie złr. 3 kr. 50, złr. 11 m. k. i złr. 154 kr. 15, złr. 59 kr. 48, złr. 105, kr. 66 i złr. 6 kr. 98 w. a. i złr. 16 kr. 20 w. a. odbędzie się na dniu 17 kwietnia r. b. o godzinie 10 zrana przymusowa sprzedaż 1/5 części dóbr Gorzejowa górna i średnia do Bolesława Goławskiego i Klementyny z Goławskich Kozieradzkiej należącej, a to pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania stanowi się sądownie oznaczona wartość szacunkowa 1/5 części tych dóbr w kwocie złr. 5685 kr. 50%, niżej której część ta w jednym terminie sprzedana nie będzie.
2. Ta 1/5 część sprzedaje się ryczałtem z wyłączeniem prawa do wynagrodzenia za zniszczenie powinności urbarialne.
3. Każdy chęć kupienia mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacji 20 części wartości szacunkowej w okrągłej ilości 280 złr. w. a. jako zakład albo w gotówce, albo w c. k. austriackich rządowych albo indemnizacyjnych obligacjach, albo nareszcie w listach zastawnych gal. stanowego kredytowego Towarzystwa z niezapadłymi kuponami i talonem, jednakowoż podług ostatniego w gazecie Krakowskiej niemieckiej (Krauer Zeitung) umieszczonego kursu, nieprzewyższającego tychże wartości nominalnej do rak komisji licytacyjnej złożyć, który zakład kupiciela do depozytu złożonym, innym zaś licytującym zaraz po ukończeniu licytacji zwróconym zostanie.
4. Najwięcej ofiarujący obowiązany jest w przeciagu dnia 30 po doreczeniu uchwały, mocą której akt licytacyjny do Sądu przyjęty został, trzecią część ceny kupna do tutejszego sądowego depozytu złożyć, w którą w gotówce włożony zakład wliczonym, zaś w efektach obligacyjnych złożony zakład kupicielowi po złożeniu w gotówce trzeciej części ceny kupna wróconym będzie.

Reszta warunków, jakoteż wyciąg tabularny i akt oszacowania można w tutejszo-sądowej registraturze przejrzyć.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, 22 lutego 1866.

Nr. 454. Concurs. (303. 2-3)

Bei den gemischten Bezirksämtern des ostgalizischen Verwaltungsgebietes sind vier Actuareposten provisorisch zu besetzen, wobei jedoch nur solche Bewerber berücksichtigt werden, welche sich mit der Befähigung für das Richteramt ausweisen können.

Diese Bewerber haben ihre gehörig instruirten Gesuche im Wege der vorgeordneten Behörden längstens bis 10. April 1866 bei der k. k. Landes-Commission in Lemberg zu überreichen.

Von der k. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter. Lemberg, am 12. März 1866.

L. 2388. Obwieszczenie. (291. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski Apolonii z Łazowskich Łapińskiej, Felicyanę Łazowskiej, Józefę Łazowskiej, Eufrozynę z Łazowskich Pawłowskiej, Ludwicę Chronowskiej, Maryannę Kaczyskiej, Onufreju Łazowskiego, Erazmowi Łazowskiemu, Karolinie z Łazowskich Górskiej, Wiktorii z Romerów Łazowskiej, Julianie z Chronowskich Wisniewskiej, Maryannie Chronowskiej, Teresy z Chronowskich Gostwickiej, Tekli z Chronowskich Górskiej, Edmundowi Napoleonowi 2. im. Łazowskiemu, Józefie, Anieli, Justynie, Genowefie i Wiktorowi 1. i 2. im. Łazowskiemu edyktem wiadomo czyni, iż p. Ludwik Denker i Wincency z Bierzechowskich Deisenbergowa przeciw nim i masie nieobjętej s. p. Franciszka Łazowskiego o ekstabulację jednej czwartej części legatu gotowych pieniędzy, pretensyi, ruchomości i t. d. na dobrach Rożance i Dobrzechówce nr. 15 & 10 on. dla Salomei Rykowskiej ciężającej skargę wnieśli i o pomoc sądową prosili, wskutek

czego termin na 19 kwietnia 1866 o godz. 10 zrana wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapowzanych wspomnianych nie jest wiadomy, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapowzanych tutejszego p. adw. Dra. Grabczyńskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Bandrowskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypominam się zapowzanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub też innego obrońcę obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użył, inaczej z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, 22 lutego 1866.

L. 3725. Edykt. (295. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Brzesku ogłasza niniejszem, że ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie uchwałą z dnia 19 lutego 1866 do l. 2595 Maryannę Gdowską, córkę Jacentego Gdowskiego za obłąkaną uznał, wskutek czego tejże Stanisław Gdowski z Brzeska jako kurator ustanowionym został.

Brzesko, dnia 9 marca 1866.

N. 2882. Edykt. (305. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Annę z Marciszewskich Jankowską, że przeciw niej c. k. Prokuratoria skarbowi imieniem wys. skarbu pod dniem 7 września 1865, l. 17534 o zapłacenie sumy 900 złp. z przyn. wniosła pozew, w załatwieniu tegóż pozwu termin do ustnej rozprawy na dzień 15 maja 1866 o godz. 10 rano wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanej p. Anny z Marciszewskich Jankowskiej wiadome nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanej, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tejże tutejszego adwokata p. Dra. Witskiego z substytucją p. Dra. Altha kuratorem nieobecnej ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanej, aby w wyżej oznaczonym terminie albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niej zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrała i o tym ces. król. Sądowi krajowemu doniosła, w ogóle, zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 26 lutego 1866.

L. 4284. Edykt. (306. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. D. (Dawida) Tynberga, że przeciw niemu dnia 3 marca 1866, l. 4284 p. adwokat Dr. Geissler o zapłacenie sumy wekslowej 254 złr. w. a. z przyn. wniosł pozew, w załatwieniu tegóż pozwu wydanym został na dniu dzisiejszym nakaz zapłacenia powyższej sumy w zakresie 3 dni.

Gdy miejsce pobytu pozwanej p. D. (Dawida) Tynberga nie jest wiadomym, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanej, jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyskiego z substytucją p. adw. Dra. Machalskiego kuratorem nieobecnej ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanej, aby w wyżej oznaczonym czasie swe zarzuty wniosł, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tym c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle, zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wyniki z zaniebdania skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Kraków, dnia 5 marca 1866.

L. 347. Edykt. (304. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Skawinie czyni niniejszem wiadomo, że wskutek uchwały c. k. Sądu krajowego w Krakowie z 27 grudnia 1865 l. 22520 Jana Cwika (ojca) ze Swoszowic z przyczyny sądowej sprawzonej rozrzućności pod kuratelę się daje, i temuż kuratora w osobie Franciszka Surówki ustanawia się.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu. Skawina, dnia 23 lutego 1866.

N. 2098. Concurs. (311. 1-3)

Postepedientenstelle in Stanicestie gegen Vertrag und 200 fl. Caution, Bezüge 105 fl. Jahresbestallung, 21 fl. Amtspauschale und 260 fl. Votenpauschale jährlich für Unterhaltung 4 Mal wöchentlich Votenfahrt von Stanicestie nach Staniatyn und retour. Gesuche sind unter documentirter Nachweisung des Alters, der bisherigen Beschäftigung, des Wohlverhaltens und der Vermögensverhältnisse und zwar von bereits in öffentlichen Diensten stehenden Bewerbern im Wege ihrer Amtsvorstellung, sonst aber im Wege der zuständigen politischen Behörde binnen 4 Wochen bei der k. k. Postdirection Lemberg einzubringen.

Lemberg, am 16. März 1866.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Monat	Barom. Höhe auf 30 Barim. in Paris, Linie u. Barim. in Krakau.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Größte Regenungen in der Nacht	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages
21	2	323.02	+1.2	95	Nord-Ost mittel	trüb	Schnee	+0.6
22	2	323.79	+0.6	100	Nord-Ost still	"	Schnee mit Regen	+2.0
23	2	324.19	+0.8	96	Nord-Ost still	"	Schnee	

Concurs. (312. 1-3)

Postepedientenstelle in Stanicestie gegen Vertrag und 200 fl. Caution, Bezüge 105 fl. Jahresbestallung, 21 fl. Amtspauschale und 260 fl. Votenpauschale jährlich für Unterhaltung 4 Mal wöchentlich Votenfahrt von Stanicestie nach Staniatyn und retour. Gesuche sind unter documentirter Nachweisung des Alters, der bisherigen Beschäftigung, des Wohlverhaltens und der Vermögensverhältnisse und zwar von bereits in öffentlichen Diensten stehenden Bewerbern im Wege ihrer Amtsvorstellung, sonst aber im Wege der zuständigen politischen Behörde binnen 4 Wochen bei der k. k. Postdirection Lemberg einzubringen.

Lemberg, am 16. März 1866.

Wiener Börse-Bericht vom 20. März.

Offentliche Schuld.	Gold	Maare
A. Staats.	54.75	55.—
zu Contr. B. zu 5% für 100 fl.	62.20	62.40
aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	62.20	62.40
mit Zinsen vom Jänner — Juli	55.60	59.60
Metalliques zu 5% für 100 fl.	51.15	51.25
ditto " 4 1/2% für 100 fl.	138.50	139.50
" mit Verlebung v. 3. 1839 für 100 fl.	74.—	74.50
" 1854 für 100 fl.	86.30	86.50
" 1860 für 100 fl.	69.50	69.60
Prämienfische vom Jahre 1864 zu 100 fl.	—	—
zu 50 fl.	16.—	16.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	Gold	Maare
von Nieder-Ost. zu 5% für 100 fl.	80.—	80.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	78.—	80.—
von Schleien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.—	86.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.—	98.—
von Kärnt., Krain u. K. u. 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	64.—	65.—
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	60.—	61.—
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	35.—	66.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	62.50	63.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	58.75	59.50
von Venedig zu 5% für 100 fl.	60.50	61.50

Actien (Pr. St.)

der Nationalbank	Gold	Maare
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	712.—	714.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	139.40	139.60
der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W.	553.—	560.—
der Kaiserl. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W.	1488.—	1490.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.	162.80	163.—
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	164.—	164.50
der Kaiserl. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.	113.—	113.50
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W.	153.—	153.40
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 fl. St.) mit 35% Zins.	70.—	71.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	136.50	137.—
der Süd-nordb. Verbund.-B. zu 200 fl. ö. W.	104.50	105.—
der Reichs. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	434.—	436.—
der österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W.	—	206.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	—	370.—
der Oest.-Böhm. Kettenbrüche in 500 fl. ö. W.	—	360.—

Wandbrücker

der Nationalbank	Gold	Maare
10-jährig zu 5% für 100 fl.	104.50	105.—
auf 6. u. 12. Verlosbar zu 5% für 100 fl.	90.—	90.20
auf 6-jähr. Verlosbar zu 5% für 100 fl.	85.75	85.90
Walia Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	61.—	62.—

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours	Reger Cours
fl. fr. 1. fr.	fl. fr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	4 94 1/2 — 4 95 1/2
vollw. Dukaten	4 94 1/2 — 4 95 1/2
Krone	— — —
20 Francstücke	8 36 — 8 38
Austriische Imperiale	8 50 — 8 55
Silber	102 50 — 102 70

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang	Ankunft
von Krakau nach Wien 7 u. 10 M. Früh, 3 u. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm. 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Bielitz 11 Uhr Vormittags.	von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.
von Odrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.	von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.
Abgang	Ankunft
von Krakau nach Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Oderberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Bielitz 6 Uhr 15 Min. Abends.	in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Odrau über Oderberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Bielitz 6 Uhr 15 Min. Abends.